



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/260 - 16.11.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Kriegsopfer-Rentenerhöhung nicht berücksichtigt	S. 1
Vor der britischen aussenpolitischen Debatte	S. 3
Ostkunde und Schulunterricht	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 6

Haushalt ohne Ausgleich

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Der Bundesfinanzminister liess durch seinen Vertreter den Haushalt des Rechnungsjahres 1955/56 mit der Bemerkung vorlegen, dass der Haushalt ausgeglichen sei. Die Darlegungen erfolgten vor der Presse, dem Bundestag ist der Haushalt noch nicht zugegangen, da er nach den Bestimmungen des Grundgesetzes zunächst der Ländervertretung, dem Bundesrat, vorgelegt werden muss. Nach der Geschäftslage des Bundestags ist daran zu zweifeln, ob es möglich sein wird, den Haushalt noch vor Weihnachten vor dem Parlament zu begründen, selbst wenn der Bundesrat seine eigene Stellungnahme rasch erarbeiten könnte. Inzwischen kann in der öffentlichen Meinung in der Tat der Eindruck entstehen, es handele sich bei dem Etat für 1955 wirklich um einen ausgeglichenen Haushaltsplan. Dass dem nicht so ist, soll hier bewiesen werden:

Der Bundesfinanzminister gibt selbst zu, dass die Erhöhung der Kriegsopferrenten überhaupt nicht in dem Haushalt veranschlagt ist. Hier zu muss ein Nachtragshaushalt eingebracht werden, der auch besondere Deckungsvorschläge enthalten muss. Damit steht auch die Endsumme des Gesamthaushalts 1955 noch nicht fest. Nach dem bis jetzt vorliegenden Entwurf beträgt sie in runder Summ 27,800 Millionen DM. Es ist nicht uninteressant, die Steigerungen der Etatendsummen seit 1950 in Vergleich zu setzen. Sie lauten.

1950 = 16,270,6 Mio DM	1953 = 27,849,3 Mio DM
1951 = 21,073,1 " "	1954 = 27,173,8 " "
1952 = 23,354,9 " "	1955 = 27,783,68 " "

Demnach hat sich die Endsumme des Gesamthaushaltes gegenüber 1954

um rund 610 Mio DM erhöht.

Der behauptete Ausgleich beruht in erster Linie auf folgenden Faktoren: bei den indirekten Massensteuern ist der Bundesfinanzminister nach seiner eigenen Bekundung mit starkem Optimismus bis an die nach seiner Auffassung vertretbaren Grenze herangegangen. Er erwartet aus der Umsatzsteuer und aus der Umsatzausgleichsteuer 930 Mio DM mehr als im Vorjahr. Zölle, Tabaksteuer, Kaffeesteuer, Zuckersteuer, Branntweinmonopol, Mineralölsteuer und sonstige Verbrauchssteuern sollen insgesamt 462 Mio DM Mehrertrag bringen. Die Einnahmen aus dem Notopfer Berlin sollen um 310 Mio DM gesteigert werden. Das Bundeskabinett hat diese Steuerschätzungen einstimmig gebilligt. Als Ausgangspunkt wird die Steigerung des Sozialprodukts zugrundegelegt.

Über den Umfang dieser Zuwachsrate des Sozialprodukts bestanden zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Bundeswirtschaftsminister erhebliche Meinungsdivergenzen. Man einigte sich auf einer mittleren Linie. Aber den gleichen Optimismus, der bei den Massensteuern angenommen wurde, lehnte das Bundeskabinett bei Berechnung des Ertrags aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer ab. Hier wich man von der bisher begründeten Annahme ab, dass ein Prozent aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer einem Betrag von rund 120 Mio DM entsprechen würde. Der Bundesfinanzminister operiert nun mit einer um 13 Mio DM geringeren Summe, indem er annimmt, dass die in Beratung befindliche Steuerreform pro ein Prozent nur einen Ertrag von 107 Mio DM erbringen würde. Den an anderer Stelle angenommenen Ausgleich durch Steigerung des Sozialprodukts lässt er ausser acht.

Der behauptete Etatausgleich beruht entscheidend auf zwei weiteren Faktoren: die Regierung sieht eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 1 1/2 % des Gesamtaufkommens in Bund und Ländern mit 160,5 Mio DM vor - aber sie hat im Zuge der Ausschussberatungen diese Steuervorlage wieder auf Eis gelegt.

Auch bei einer durchaus unsicheren Annahme eines 40%igen Anteils des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit einem angenommenen Ertrag von 4,280,0 Mio DM liegt ein echter Ausgleich des Haushalts für 1955 nicht vor. Das rechnermässige Defizit früherer Jahre mit 2.075 DM findet in 1955 keine Deckung, die Bundesregierung muss sich durch das Haushaltsgesetz ausdrücklich von der Verpflichtung des § 75 RHO befreien lassen!

Zusammenfassend ist festzustellen, dass weder die Kriegsofferrenten im Haushalt vorgesehen sind, noch dass die gesetzlich vorgeschriebene Deckung des Defizits des Vorjahres erfolgen kann, noch dass der Ertrag der Massensteuern in der angenommenen Höhe vorausgesetzt werden kann, wenn andererseits der Ertrag aus Einkommen- und Körperschaftsteuern weit vorsichtiger veranschlagt wird. Dass die im Etat vorgesehenen 9 Milliarden Verteidigungsbeitrag aus Natokreisen als ungenügend bezeichnet wurden, sei nur am Rande vermerkt.

Grossbritannien vor folgenschwerer Entscheidung

F.S.London, Mitte November

Die auswärtige Debatte, die am Mittwoch im Unterhaus über europäische Angelegenheiten beginnt, wird am Donnerstag mit einer für Grossbritannien folgenschweren Entscheidung abschliessen. Die Regierung brachte eine Vorlage ein, in der sie die Billigung der in London und Paris getroffenen Vereinbarungen beantragt. Mit den Stimmen der Labour Fraktion, der Liberalen und ihrer eigenen Anhänger wird die Regierung eine starke Mehrheit erhalten.

Durch diesen Parlamentsbeschluss mag wohl die Debatte im Unterhaus beendet, aber noch lange nicht in der Öffentlichkeit abgeschlossen sein. Die Verpflichtungen, die Grossbritannien erstmalig für Jahrzehnte im Rahmen der westeuropäischen Staatengemeinschaft übernimmt, die Abneigung gegen die deutsche Wiederaufrüstung, die Komplikationen, die aus den Verträgen entstehen können, beunruhigen alle Teile der Bevölkerung so lebhaft, dass ihre Zweifel auch nicht durch eine selbst zweitägige Parlaments-Debatte zu beheben sind.

Schon die Auswahl der offiziellen Sprecher beweist, wie sehr der Regierungspartei und der Opposition daran gelegen ist, auf die Öffentlichkeit einzuwirken. Ausserminister Sir Anthony Eden wird die Debatte nicht nur einleiten, sondern auch abschliessen. Sir Winston ist zwar auf der offiziellen Rednerliste der Regierung nicht genannt, dürfte aber einprägen, wenn aus seinen eigenen Reihen oder von den Labour-Bänken all zu kritische Stimmen laut werden, die nicht nur in Grossbritannien auffallen würden. Sie ständen nicht im Einklang mit den Absichten der Regierung, die gerade dadurch, dass Grossbritannien als erste der neun Mächte ratifiziert, positive Wirkungen auch im Ausland erzielen will.

Es ist in der Geschichte des englischen Parlamentarismus eigentlich verpönt, für eine auswärtige Debatte den Verteidigungsminister als einen der offiziellen Regierungssprecher aufzustellen. Aber Harold Macmillan geniesst im konservativen Lager so starkes Vertrauen, dass selbst seine Angaben über die finanziellen Bürden des britischen Verteidigungsbetrages nur das Mindestmass an Opposition erzeugen werden. Auch die Parlamentsfraktion Labours stellt ihre stärksten

Vertreter heraus. Attlee, Morrison, Gaitskell und Denis Healey spreche für den Antrag der Regierung Churchill, werden sie aber im Zusammenhang mit den Beschlüssen des vor wenigen Wochen stattgefundenen Parteitags auffordern, jede Gelegenheit für neue Verhandlungen mit der Sowjet-Union zu benutzen, um eine Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Regelung zu erreichen.

Es war Herbert Morrison, der während des Parteitages die Abstimmung über die deutsche Wiederbewaffnung als "eine der grössten Entscheidungen in der Geschichte der Labour Party" bezeichnete. Nur mit einer ganz knappen Mehrheit wurde der Antrag der Exekutive durch die Stimmen der Gewerkschaften angenommen. Nahezu alle örtlichen und bezirklichen Organisationen der Partei lehnten die Aufrüstung ab. Während einer zweitägigen Sitzung der Fraktion hat nunmehr aber die Partei, wie ihr Organ, der "Daily Herald" und die übrige Presse feststellte, mit 124 gegen 72 Stimmen das Neun-Mächte-Abkommen angenommen, wobei aber völlig ausser acht gelassen wurde, dass fast 100 Abgeordnete der Sitzung fern blieben oder an der Abstimmung nicht teilnahmen, eine Zahl, die bei der Wichtigkeit des behandelten Themas nicht ohne Bedeutung sein dürfte. Immerhin zeigte das Resultat der Abstimmung, dass Attlee und Morrison neuen Rückhalt gewannen, nachdem noch vor wenigen Monaten in einer Entscheidung über die Aufrüstung Westdeutschlands eine Majorität von lediglich zwei Stimmen zustande gebracht wurde.

Ihre Entscheidung, für den westlichen Verteidigungsplan der neun Mächte zu stimmen, haben die französischen Sozialisten damit begründet, dass sie "das Schlimmste verhüten" wollen. Im Hinblick auf das Misstrauen, das dem deutschen Militarismus auch in Grossbritannien entgegengebracht wird, wäre es absurd, im Unterhaus einer Aufrüstung Westdeutschlands zuzustimmen, wenn sie nicht auch hier als das kleinere Übel gelten würde, das aber im Rahmen der in London und Paris getroffenen Vereinbarungen dauernden Kontrollen ausgesetzt ist. Sie sind im Augenblick für die britische Politik wichtiger als die Auseinandersetzungen um die Saar.

"Ostkunde" im Unterricht

C.G. Die Kultusminister der Länder haben sich auf ihrer letzten Sitzung-im Anschluss an einen Vortrag des Bundesvertriebenenministers Oberländer - mit der Frage der Einführung einer "Ostkunde" in die Schulen beschäftigt. Ihr Beschluss, Probleme des deutschen und des europäischen Ostens innerhalb der Schule nicht in einem besonderen Fach, sondern im gesamten Unterricht, vor allem in Geschichte, Erdkunde und Deutsch, behandeln zu lassen, ist zu begrüßen.

Die Einführung eines besonderen Faches "Ostkunde" - abgetrennt von den übrigen Unterrichtsfächern - könnte gefährlichen nationalistischen Tendenzen neuen Auftrieb geben, ja sogar in eine Art ideologischer Vorbereitung eines Revanchefeldzuges zur Befreiung der verlorenen deutschen Ostgebiete abgleiten. Dieser Verdacht ist umso begründeter, als Prof. Oberländer den Kultusministern empfahl, "die historische Bedeutung der deutschen Leistungen im Osten in den Schulen stärker zu betonen." In einer Zeit, da die Erziehung in den Schulen, vor allem im Geschichtsunterricht, sich von einer überlebten nationalistischen Betrachtungsweise zu lösen beginnt, wäre eine Behandlung der Probleme Ostdeutschlands und Osteuropas unter dem einseitigen Blickwinkel der "historischen Bedeutung der deutschen Leistungen im Osten" ein verhängnisvoller Rückschritt.

Heute kommt es auch und vor allem im Geschichtsunterricht darauf an, nicht das trennende Nationale, sondern das Völkerverbindende herauszustellen. Das gilt auch für den Osten Europas. In der notwendigen Abwehr der Propagandathesen eines slawischen Nationalismus, der den Raub der Gebiete jenseits der Oder und Neisse durch Geschichtsfälschungen rechtfertigen möchte, darf nicht etwa die Ostkolonisation als einseitiger Germanisierungsprozess, sondern muss als **g e m e i n s a m e** Leistung der Deutschen und Slawen behandelt werden. Schon aus diesem Grunde muss dieser Stoff Teil des allgemeinen Geschichtsunterrichts sein.

Ähnliches gilt für die osteuropäische Geschichte. Der von der west- und mitteleuropäischen verschiedene Ablauf z.B. der russischen Geschichte darf nicht dazu verleiten, hochmütig von einem fragwürdigen "abendländischen" Podest herab auf die angebliche "Barbarei" der Slawen zu blicken. Dies könnte schliesslich zu einer gefährlichen Gleichsetzung von bolschewistischem Terrorregime und russischem Volk führen. Bei der Behandlung Ostdeutschlands und Osteuropas im Unterricht darf nicht Propaganda

16.11.1954

nach der Melodie "Nach Ostland wollen wir reiten" getrieben, sondern es muss die nüchterne Erkenntnis der historischen und geographischen Tatsachen vermittelt werden.

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone.

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

"Souveräne Sowjetzone"

Die Sowjetregierung hat eine Übergabe der Akten der in der Sowjetzone von den Militärtribunalen verurteilten Deutschen an das Sowjetzonenjustizministerium abgelehnt. Gleichzeitig haben die Sowjets die Herausgabe einer Liste derjenigen Personen verweigert, die nach der Verurteilung in die Sowjetunion abtransportiert wurden. Das Sowjetzonenjustizministerium hatte die Bitte auf Überlassung der Akten ausgesprochen, nachdem die Sowjetregierung insgesamt 6000 durch Militärgerichte verurteilte Deutsche der Sowjetzonenjustiz unterstellt hatten. Die Ablehnung des sowjetzonalen Ersuchens wurde damit begründet, dass es sich bei den Verurteilten um Personen handle, die wegen Verstosses gegen Besatzungsgesetze verurteilt worden seien. Der Sowjetzonenjustiz könne daher kein Einblick gewährt werden.

+ + +

Testamente werden vernichtet

Wie erst jetzt bekannt wird, hat das Bezirksgericht Rostock bereits Mitte September eine vertrauliche Anweisung des Justizministeriums erhalten, nach der alle sich im Besitz des Gerichts befindlichen Testamente enteigneter Besitzer zu vernichten sind. Der Zweck dieser Maßnahme ist offensichtlich, alle früheren Eigentumsverhältnisse zu vertuschen. Selbst in Kreisen völlig linientreuer SED-Angehöriger hat diese Anordnung Unruhe verursacht, da man in dieser Maßnahme Vorbereitungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands und der Preisgabe der SED zu erkennen glaubte.

+ + +

Verschärfte Vopo-Disziplin

Bereits am 15. September trat bei allen Verbänden der KVP eine verschärfte Disziplinarordnung in Kraft. Nach der neuen Vorschrift, der DV 10/1, ist jeder Vorgesetzte berechtigt, bei Meuterei oder Widerstand, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Die Höchstgrenze der Arreststrafe, die ein Kompaniechef verhängen darf, wurde von 10 auf 20 Tage geschärften Arrest erhöht. Zugführer, die bisher keine Disziplinarstrafgewalt hatten, sind jetzt berechtigt, bis zu drei Tagen Arrest zu verhängen, während Unteroffiziere Verweise aussprechen dürfen.

+ + +

An unsere Bezieher!

Infolge des Buß- und Bettages fällt unsere Mittwoch-Ausgabe aus. Die nächste Ausgabe erfolgt am Donnerstag, dem 18.11.1954.

Die Redaktion und Verwaltung.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler